



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

sp6/III/121

Hannover, 4. Oktober 1948

Berlin vor neuer Entwicklung

=====
(Von Willy Brandt)

Während in Paris die Streitfrage Berlin in ein immer schärfer werdendes Licht tritt, ist die Haltung der Berliner Kommunisten von einer gewissen Ratlosigkeit gekennzeichnet. Das trat deutlich zutage, als sie vor wenigen Tagen eine Versammlung ihres "demokratischen Blockes" provokativ im Stadthaus abhielten und die verschiedenen Organe der Selbstverwaltung einluden. Trotz grosser Reden und wohlbekannter Resolutionen hatten sie auch diesmal nicht den Mut, ihren seit langen vorbereiteten Ost-Magistrat zu proklamieren. Die kalte Eroberung Berlins ist misslungen, aber die Gleichschaltung des Ostsektors nähert sich ihrem Abschluss. Über tausend Magistratsangestellte sind während der letzten Wochen entlassen worden. Es ist fraglich, ob die verbliebenen sozialdemokratischen Bürgermeister und Bezirksräte unter diesen Umständen noch länger ihr Amt ausüben können.

Daraus ergibt sich auch die Frage, ob die demokratischen Parteien angesichts der Wahrscheinlichkeit, dass die Blockade den Winter über dauern wird, die Dinge auf der Magistratsebene noch weiter schleifen lassen können. Die Fiktion einer einheitlichen Stadtverwaltung musste aufrechterhalten werden, solange die Möglichkeit bestand, dass ihr als Ergebnis der Viermächteverhandlungen ein neuer Inhalt gegeben würde. Die gewählten Vertreter Berlins werden weiter für die ganze Stadt sprechen, auch wenn Drahtverhaue am Brandenburger Tor errichtet werden sollten. Fiktionen dürfen aber nicht zu einem Hemmnis bei der Lösung brennender Aufgaben werden. Tatsache ist, dass der Magistrat nicht den geringsten Einfluss auf die Entwicklung in jenem Sektor hat, in dem er bis jetzt agiert. Andererseits kann er von seinem Standort aus für die zweieinviertel Millionen Bewohner der Westsektoren nicht das tun, was unbedingt erforderlich ist. Über kurz oder lang werden diese Überlegungen zu einem Entschluss drängen.

Man kann mit einiger Sicherheit davon ausgehen, dass es durch gesteigerte Leistungen der Luftbrücke gelingen wird, West-Berlin auch während des Winters mit den absolut wichtigsten Gütern zu versorgen. Niemand darf sich allerdings darüber im unklaren sein,

mit welchen Sorgen und Nöten ein solcher Blockadewinter verbunden sein wird. Er stellt die höchsten Anforderungen an die Entschlossenheit der Berliner, aber auch an die weitere Hilfsbereitschaft des deutschen Westens. Um die gemeinsame Vertretung der Berliner Wirtschaft einschliesslich der Gewerkschaften zu gewährleisten, wird dieser Tage ein Blockade-Notausschuss berufen werden. Darüber hinaus scheint unbedingt erforderlich zu sein, dass die Autorität der gewählten, zentralen Stadtverwaltung für die Bewältigung der vorliegenden Aufgaben eingesetzt wird.

Die kommende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird sich mit dem verfassungswidrigen Verhalten eines der kommunistischen Stadträte zu befassen haben, die auf Grund der seinerzeit von den Besatzungsmächten dekretierten vorläufigen Verfassung noch immer dem Magistrat angehören. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sich aus diesem Konflikt eine Erklärung in Bezug auf Zusammensetzung und Arbeitsweise des Magistrats ergibt. Logisch wäre, wenn unter diesen Umständen auch der gewählte Oberbürgermeister endlich sein Amt anträte. Die Kommunisten werden dann noch einmal "Spaltung" schreiben, aber das ist ja nichts Neues mehr. Die Westmächte werden auch kaum der Notwendigkeit entgehen, für ihre Sektoren ein gemeinsames Organ anstelle der seit dem Frühsommer nicht mehr wirksamen Kommandantur zu schaffen. Als weitere Notwendigkeiten ergeben sich die Ablösung des Währungschaos durch vollgültige Zirkulation der Westmark und die vollberechtigte Einbeziehung Berlins in den Prozess der politischen Neugestaltung, der sich aus den Bonner Arbeiten ergibt.

Eine wirtschaftliche wie administrative Trennung Berlins wäre nur noch durch eine Kursänderung der Sowjets und ihrer Trabanten aufzuhalten. Indessen deutet manches darauf hin, dass kommunistische Putschversuche in den Westsektoren vorbereitet werden. Man wird von innen nicht überrascht werden. Trotz aller Schwierigkeiten, die sich aus Kohlenmangel und anderen Nöten ergeben mögen, sind solche Aktionen von vornherein zum Scheitern verurteilt. Dafür werden die Berliner selbst sorgen. Falls daran gedacht ist, sozusagen spontane Unruhen als Vorwand für das Eingreifen russischer Truppen zubenutzen, sollte Klarheit darüber herrschen, dass sich unweigerlich unüberschaubare Weiterungen ergeben müssten.

Hauptwirtschaftskammer für Rheinland-Pfalz

sp. Die Hauptwirtschaftskammer für Rheinland-Pfalz, die paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzt ist, hat sich dieser Tage konstituiert und ein Präsidium gewählt. Präsident (Arbeitgebervertreter) ist Peter Kalenberg, Färbereibesitzer, Koblenz und Vizepräsident (Arbeitnehmervertreter) ist Dr. Wilhelm Peupelmann, Angestellter in Koblenz.

Aussenpolitische Perspektiven in Paris

(Von Alfred Frisch, Paris)

Paris ist zur Zeit der Mittelpunkt der Weltpolitik, eine Tatsache, die der französischen Öffentlichkeit kaum zum Bewusstsein kommt. Die breite Masse denkt an ihre wirtschaftlichen Sorgen, und selbst die Politiker schenken seit Monaten der Aussenpolitik kaum noch besondere Beachtung. Es fiel zahlreicher französischer und ausländischer Beobachtern auf, dass die völlig zweitrangige Frage des Datums der Kantonalwahlen, Parlament, Partei und Presse tagelang fast ausschließlich beschäftigte, während in Berlin, Moskau und Washington wichtige und folgenschwere aussenpolitische Entscheidungen vorbereitet wurden.

Die öffentliche Meinung ist in zwei Lager gespalten. Auf der einen Seite stehen die Kommunisten, für die es nur eine russische Politik gibt, auf der anderen die überwiegende Mehrheit der Franzosen, im Grundsätzlichen einig, in der Praxis nuanciert. Diese Mehrheit erkennt die Aussichtslosigkeit weiterer Verhandlungen mit Moskau an, ebenso wie die Notwendigkeit eines Appells an die Vereinten Nationen, ohne sich über Erfolgsaussichten und Gefahren dieses Schrittes irgend welche Illusionen zu machen. Man befürchtet einen endgültigen Bruch mit dem Ostblock und schließt auch als Folge hiervon eine neue, kriegerische Verwicklung nicht aus, auch wenn von einer Kriegspsychose in Frankreich nicht die Rede sein kann. Durch die weltpolitische Entwicklung tritt die deutsche Frage mehr und mehr in den Hintergrund. Paris kennt nur noch ein Sicherheitsproblem: die Sowjetunion und ihre kommunistischen Truppen in allen Ländern des Westens. Außenminister Schuman hat bezeichnenderweise in seiner letzten Rede die Berliner Frage nicht nur vom alliierten Standpunkt aus behandelt, sondern auch von der Verpflichtung Frankreichs der ihm anvertrauten Berliner Bevölkerung gegenüber gesprochen.

Seit Kriegsende beruht sich die französische Außenpolitik um die Mittlerrolle zwischen Ost und West und auch heute, trotz aller Enttäuschungen, hat man in Paris die Hoffnung auf eine mögliche Ausgleichung der Gegensätze zwischen Washington und Moskau noch nicht ganz aufgegeben. In der Vermittlerrolle sieht die Öffentlichkeit Frankreichs hauptsächlich europäische und internationale Sendung, seine einzige Möglichkeit, in der Weltpolitik wieder eine Rolle zu spielen. Eine Wiederaufnahme der Deutschlandbesprechungen mit der Sowjetunion gilt nicht als ausgeschlossen und "Monde" gibt zu verstehen, daß die Befriedung durch eine Verhandlung über die gesamte deutsche Frage erreicht werden könnte.

Trotz dieser - mehr oder weniger frommen Wünsche - ist sich Frankreich seiner Zugehörigkeit zum westeuropäischen Block voll und ganz bewußt. Es ist ferner entschlossen, unabhängig von allen berechtigten und notwendigen Friedens- und Verständigungshoffnungen, nichts zu unterlassen, um die Verteidigung des Westens sicherzustellen. In betont antikommunistischen und gaullistischen Kreisen derer Sprachrohr die Zeitung "Aurore-France-Libre" ist, sieht man sogar in der Bildung eines politischen und strategischen Westblocks die einzige Chance des Friedens. Wenn auch die Mehrheit des französischen Volkes eine derartig überspitzte Meinung nicht teilt, so wird trotzdem der augenblicklich durchgeführte, strategische Ausbau des Westblockes weitgehend gebilligt.

Man kennt in Paris die amerikanischen Bedenken, d.h. man weiß, daß die wirtschaftliche und politische Schwäche Frankreichs der empfindlichste Punkt der westeuropäischen Verteidigungslinie ist. Frankreich ist nicht in der Lage, Großbritannien in der Aufrüstung zu folgen. Erste Voraussetzung eines zuverlässigen Verteidigungspotentials ist das innere Gleichgewicht von Wirtschaft und Industrie. Hier klappt der Widerspruch auf, weil das Gleichgewicht nur durch äußerste Sparmaßnahmen und vor allem durch starke Kürzungen der Militärkredite verwirklicht werden kann. Absolute Priorität des wirtschaftlichen Wiederaufbaues ist daher selbst strategisch berechtigt.

Die politische Unsicherheit an der Seine ist an sich noch beruhigender, sowohl für Washington wie für London und Brüssel. Ein langandauerndes Chaos erscheint nicht weniger gefährlich als die höchst unwahrscheinliche - Macatergreifung durch die Kommunisten. Die Organisation des Westens erfordert stabile, innerlich geschlossene Regierungen. Man wird infolgedessen in Frankreich in den kommenden Monaten eine starke Verflechtung von Außen- und Innenpolitik beobachten können, d.h. außenpolitische Einflüsse und Erwägungen werden die Haltung der Parteien und die Erfolgsaussichten General de Gaulles entscheidend beeinflussen.

Es gärt unter den Jungdemokraten

sp. Eine interessante Entwicklung zeichnet sich innerhalb der Jugendorganisationen der liberalen Demokraten in den Westzonen ab. Nikolaus Schücking, erster Vorsitzender der Deutschen Jungdemokraten Hessens, Mitbegründer und Ehrenvorsitzender der Deutschen Liberalen Jugend (Dachverband für die Westzone) und Vorstandsmitglied der FDP Hessen ist am 1. Oktober nach einer Kontroverse mit dem Vorsitzenden der FDP Hessen, Euler, aus seiner Partei ausgetreten. Grund der Kontroverse war ein Bericht Schückings über die Gründung eines überparteilichen Arbeitskreises hessischer Jugendleiter im Informationsdienst des Jugendreferats der Deutschen Friedensgesell-

schaft. Dieser Bericht enthielt u.a. den Satz: "Überparteilich, überkonfessionell und überbündisch sehen wir im Sozialismus den Weg zu sozialer Gerechtigkeit als menschliche Haltung und bekennen uns zu ihm". Euler schrieb darauf Schücking, daß ein Bekenntnis zum Sozialismus mit dem weiteren Vorsitz innerhalb der Deutschen Liberalen Jugend nicht mehr zu vereinbaren sei. Schücking beharrte auf seinem Bekenntnis, das nicht neueren Datums sei, weil er schon bei seiner Wahl zum ersten Vorsitzenden der Deutschen Jungdemokraten 1947 in Heidelberg folgende drei Grundsätze seines Vaters erneuert hat, die in Punkt zwei ein Bekenntnis zum Sozialismus darstellen. Diese drei Punkte lauten:

1. Demokratiesierung (Erziehung zur Toleranz)
2. Versuch einer Synthese zwischen Individualismus und Gemeinschaft
3. Suche nach der Verbindung zwischen Nationalismus und Internationalismus und Eintreten für eine zwischenstaatliche Organisation.

Schücking hat nicht die Jungdemokraten verlassen, sondern nur seinen Austritt aus der LDP erklärt. In einer in Göttingen abgegebenen Erklärung, die den geschilderten Sachverhalt darstellt, betont er, daß die Mehrzahl seiner Freunde seinen Schritt billige, weil sie auf dem Boden der gleichen Anschauung stehe. Angesichts der Stellung Schückings innerhalb der liberalen Jugend Westdeutschlands ist anzunehmen, daß die bei den hessischen Jungdemokraten sichtbar gewordene ideologische Spaltung nicht nur auf Hessen beschränkt bleibt.

"Kritik und Selbstkritik" innerhalb der SEP

sp. Die SEP kritisierte dieser Tage in scharfen Worten einen Artikel Erich Gniffkes in der Malleschen "Freiheit" vom 16.9.48. Obwohl Gniffke in diesem Artikel einen Kotau vor dem Bolschewismus machte und sowohl von der "marxistisch-leninistischen Theorie" als auch von der Notwendigkeit der "Kritik und Selbstkritik an unserer Einstellung zu den Nachbarvölkern, insbesondere zur Sowjetunion" spricht, hat sich Gniffke doch den Zorn von Ulbricht und Genossen zugezogen. Gniffke hat es gewagt, einen sehr heiklen Punkt der SEP-Grundkonzeption zu berühren. In seinem Artikel zieht er eine Parallele zwischen der SEP - "Volkspartei" - und den reaktionären Parteien nach 1918, die sich gern als "Volkspartei" tarnten, ja, Gniffke geht noch einen Schritt weiter; er schreibt, daß diese "Volkspartei-Ideologie" von den Nazis ebenso übernommen wurde, wie sie den Begriff Sozialismus übernahmen. Daraus folgert er, es sei nicht anzunehmen, daß die "Volkspartei-Ideologie" als Tarnung der reaktionären Klassenherrschaft heute schon überwunden sei: "Diese Ideologie aufzuspüren und durch Kritik und Selbstkritik auszumerzen, muß sich die Organisation der Arbeiterbewegung angelegen sein lassen". Mit anderen Worten, Gniffke stellt fest; In der SEP-Ideologie sind reaktionäre und nazistische

Elemente erhalten! Eine Feststellung, die von der Sozialdemokratie seit Jahr und Tag nachgewiesen wurde und in der Förderung des "Nationalkomitees Freies Deutschland", der neu gegründeten "Nationaldemokratischen Partei" - der Partei der kleinen Nazis - der einzigen nationalistischen Hetze der SED gegen den Westen klar zum Ausdruck kommt.

Gniffke scheint nicht begriffen zu haben, was die Ulbrichte heute eigentlich vorhaben. Sie fordern Massenausschlüsse, Verleumdung, Verhaftung von ehemaligen Sozialdemokraten, während Gniffke seine Kritik gegen "dunkle Ehrenmänner" richtet, die sich durch das SED-Mitgliedsbuch eine Absolution zu erwerben versuchten. Aber Gniffke polemisiert auch gegen den von Ulbricht proklamierten und "verschärften Klassenkampf". Er warnt davor, daß durch die neue "Klasse" eine "Entfremdung von den fortschrittlichen Besitzbürgern" eintreten könnte und spricht nur davon, daß "manche unter ihnen" nicht in die SED gehören. Der Artikel gipfelt in der Feststellung, daß die Ursachen der in der SED herrschenden ideologischen Unklarheiten und der Passivität nicht in der Verantwortlichkeit einzelner Funktionäre zu suchen seien, sondern, daß "alle Funktionäre und schließlich die gesamte Mitgliedschaft die Verantwortung hierfür tragen". Es ist offensichtlich, daß Gniffke sich hier von der Verfolgungskampagne gegen die ehemaligen Sozialdemokraten in der SED zu distanzieren versucht, ebenso wie er "für die Aufrechterhaltung der Demokratie innerhalb der Partei" eintritt.

Nach dem Echo zu schließen, das dieser Artikel in der offiziellen Parteipresse gefunden hat, dürfte die Maßregelung Gniffkes nicht mehr lange auf sich warten lassen. (B1/410/2/hs)

Die Flucht vor der Normalverbraucherkarte

sp. Obwohl nur schriftliche Anträge behandelt werden, erreichen in diesen Tagen Tausende von Auswanderungslustigen vor den amerikanischen Konsulaten in Hamburg, Bremen und Frankfurt. So eilig ist es diese - meist jungen - Menschen, der Normalverbraucherkarte um damit der Heimat den Rücken zu kehren. Wenn dann noch Tausende und Abertausende vor Anträgen auf den Konsulatsschreibtischen liegen, kann man ermessen, wie groß der Auswanderungswunsch in Deutschland ist. Es sind Arbeitslose, Schlechtbezahlte aller Berufe, Flüchtlinge (darunter vor allem ehemalige selbständige Bauern) und auch junge des männerarmen Deutschlands, die sich um den Fahrschein nach Übersee bewerben. Keiner kann es ihnen verdenken, daß sie endlich wieder ein menschenwürdiges Dasein führen wollen und es wäre unsinnig, sich einer vernünftigt gelenkten Auswanderung zu widersetzen. Die deutsche Intelligenz hat es ja vorgemacht, die Abwanderung hochqualifizierter deutscher Gelehrter vom Wissenschaftler bis zum Erbk.

der von Kriegswall. Die Arbeiter Müller, Krause und der Flüchtling Schulze werden sicherlich nicht erwarten, daß man ihnen ebensolche Nachrufe wieder auswandernder Prominenz. Es soll niemanden von der Auswanderung abgeraten werden, denn der überfüllte Kessel Deutschland braucht ein Ventil. Ob das gerade die Massenauswanderung ist, kann bezweifelt werden. Aber einen kleinen Nachruf - sogar vor der Auswanderung - wollen wir den Müllers, Schulzes und Krauses doch mit auf den Weg geben. Er würde etwa lauten: "Deutschland verliert Euch, Ihr Jungen! Das Trümmerfeld Deutschland hat euch nichts mehr zu bieten. 200 und mehr Menschen auf dem Quadratkilometer, da kommt es auf euch, so meint ihr, nicht mehr an. Ihr glaubt, vergessen zu dürfen, daß gerade ihr Jungen nach dem fürchterlichen Adenlaß des mörderischen Krieges fehlt, daß Deutschland eigentlich junge Menschen ins Land rufen müßte, um den erschreckend hohen Prozentsatz von Arbeitsunfähigen auszugleichen, ihr glaubt, vergessen zu dürfen, daß Deutschland ein gigantisches Altersheim würde, wolltet ihr alle abwandern. Vor einiger Zeit ergab eine Befragung, daß fast vierzig Prozent aller jungen Menschen ins Ausland streben, meistens nach USA, das alte, müde Europa ist nicht mehr gefragt. Doch da ist ihr der Fahingeblichenen später keinen Vorwurf macht, sei auch das noch gesagt: vergeßt nicht, daß ihr kein Geld mitbringt, um euch eine selbständige Existenz aufzubauen. Das Schicksal als Tellerwäscher, landwirtschaftlicher Arbeiter und Traktorenführer, ist es so erstrebenswert? Und vergeßt weiter nicht, daß ihr bei Mißerfolg, Wirtschaftskrise und Krankheit ohne Rückhalt seid! Wird man nicht zuerst euch und dann erst die einheimischen Arbeiter entlassen? Vergesst nicht, wie groß die Gefahr der Proletarisierung im Ausland ist und wie schwer die Rückkehr in die Heimat. Gewiß, Hunderte von euch werden das Ziel erreichen, ebenso viele Hunderte aber nicht. Und für diese schreiben wir diesen Nachruf. Aber wir schreiben ihn auch, weil Deutschland nicht auf seine jungen Menschen verzichten kann, die das geistige, politische und wirtschaftliche Trümmerfeld aufräumen sollen. Wir sind gegen eine endlose Fortsetzung der Demontage, und darum auch gegen die unbeschränkte Menschen-Demontage. Maschinen kann man ersetzen, eine verlorene Jugend aber nicht... (B.14a/2/410/cs)

Verantwortlich: Peter Raunau